



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Motion von Madeleine Göschke, Grüne: Für eine paritätische Fluglärmkommission

Autor/in: [Madeleine Göschke](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 9. September 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Aufgabe der Fluglärmkommission (FLK) ist die Reduktion des Fluglärms, insbesondere durch eigene Vorschläge zuhanden der Regierungen beider Basel.

Aber noch nie hat die FLK einen Vorschlag zur Lärmreduktion gemacht, den der EuroAirport (EAP) vorher nicht schon selbst gemacht hatte. Das Ergebnis ist bekannt: Der Fluglärm bleibt gleich.

Dazu die Umwelt- und Energiekommission (UEK): "Aus Sicht der Kommission fehlt im Bericht der FLK die kritische Auseinandersetzung mit dem Fluglärm, insbesondere sind keine Bestrebungen der FLK erkennbar, aus eigener Initiative Vorschläge und Ansätze zur Reduktion des Lärms einzubringen."

Wichtige Probleme der Flughafenanwohner werden im FLK-Bericht ignoriert:

Ausdehnung der Nachtflugsperrung wie in Zürich; extrem laute und tief fliegende Frachter, auch am Sonntag und in der Nacht; Abfertigung der Fracht von entfernten Städten mit eigenem Flughafen wie z.B. Strassburg, vom EAP offen gefördert; Allschwil als Ort mit den lautesten Lärmspitzen aller EAP-Anrainer; die gesundheitlichen Folgen des Fluglärms, speziell der Lärmspitzen.

Warum dies so ist, erklärt die Zusammensetzung der FLK:

Die Vertreter des Flugverkehrs und der staatlichen Ämter verfügen zusammen über eine komfortable Mehrheit und sind sich einig. Nur sieben von 19 Mitgliedern sind Vertreter der betroffenen Bevölkerung, davon nur zwei von Baselland.

Auch aus Sicht der UEK ist die Zusammensetzung der FLK problematisch, da sie keine angemessene Vertretung der Interessen der Bevölkerung ermöglicht.

Wir fordern deshalb eine paritätische Zusammensetzung der Fluglärmkommission: 50% der Mitglieder sollen der vom Fluglärm betroffenen Bevölkerung angehören. Die Neuwahl der Kommissionsmitglieder im Jahr 2011 bietet dazu Gelegenheit.

Die Regierung wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass 50% der Mitglieder in der Fluglärmkommission Vertreterinnen und Vertreter der vom Fluglärm betroffenen Bevölkerung sind.